

28/29
75

Union in Deutschland

Bonn, den 11. Juli 1975

Wir sind in der Offensive

Die CDU ist auf ihrem 23. Bundesparteitag in Mannheim in allen Bereichen der Politik zur Offensive übergegangen. Diese Offensive für Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Sicherheit hat die Gegner der Union zutiefst verunsichert, erklärt Generalsekretär Prof. Kurt H. Biedenkopf. Selten haben sie so verworren und widersprüchlich auf einen Parteitag der CDU reagiert, war ihre Urteilskraft so überfordert.

Dieser Parteitag hat jedermann gezeigt: Die CDU ist die einzige große Volkspartei, die kompromißlos und engagiert die Interessen aller Bürger vertritt. Sie ist nicht die Partei der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber, der Beamten, der Selbständigen oder der Bauern. Sie ist die Partei aller: vor allem auch der Nicht-organisierten und Schwachen.

Die CDU hat sich auf ihrem Mannheimer Parteitag in großer Geschlossenheit — wie vor 100 Jahren die Gewerkschaften — den nicht-organisierten und häufig nicht organisierbaren Schwachen in der Gesellschaft zugewendet. Gewerkschaften und CDU stehen hier nicht gegeneinander, sondern ergänzen sich vielmehr. In verschiedenen Bereichen und auf unterschiedliche Weise tragen sie bei zur Erfüllung eines gemeinsamen Grundanliegens: Der Verwirklichung größerer sozialer Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

■ STICHWORT-REGISTER

Diese UiD-Ausgabe enthält das vierte Stichwortregister, und zwar für die Nummern 15 bis 26/27 in 1975. Außerdem enthält sie die Chronik des Bundestages bis zum Eintritt in die Parlamentsferien in der

Dokumentation

■ § 218

In der Diskussion um die Lösung zur Reform des Strafrechtsparagrafen 218 muß nach Meinung der Union der Schutz menschlichen Lebens vorrangiger Handlungsmaßstab sein.

Seite 4

■ INTERVIEW

Nach Meinung des Generalsekretärs der CDU, Prof. Kurt H. Biedenkopf in einem Interview mit der Deutschen Presseagentur (dpa), würde eine vierte Partei die Union schwächen.

Seite 5/6

■ SOZIALPOLITIK

In der Frage nach dem Abbau sozialer Leistungen beginnt für Arbeitsminister Walter Arendt die Stunde der Wahrheit.

Seite 7

■ STEUERN

In der Frage der Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern sind die Drohungen des SPD-Bundeskanzlers Schmidt eine denkbar schlechte Verhandlungsbasis.

Seite 11/12

INFORMATIONEN

Gescheitert

Zu den neuesten Daten über die Arbeitsmarktentwicklung im Juni erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises für Wirtschaft und Ernährung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Ernst Müller-Hermann: Der ungewöhnlich geringe Rückgang der Arbeitslosigkeit im Juni um nur 15 000 auf 1 002 100 ist enttäuschend und besorgniserregend zugleich. Seit über einem halben Jahr verharrt damit die Arbeitslosenzahl auf einem Stand von über einer Million. Dies zeigt, daß die Bundesregierung nicht in der Lage ist, das Arbeitslosenproblem zu lösen. Die Bundesregierung ist damit in dem entscheidenden sozialen Kernbereich mit ihren Zusagen und Versprechungen gescheitert. (Siehe auch Zitat, Seite 16.)

Der Deutsche Bundestag verabschiedete 337 Gesetze

In seiner Siebten Legislaturperiode hat der Deutsche Bundestag bis zur Sommerpause 1975 genau 337 Gesetze verabschiedet. Von 502 Gesetzentwürfen, die seit dem 13. Dezember 1972 eingebracht wurden, legte die Bundesregierung 346 und der Bundesrat 49 vor. 107 kamen aus den Reihen der Parlamentarier, und zwar 62 von der CDU/CSU-Fraktion und 36 von den Koalitionsfraktionen. Neun Gesetzentwürfe wurden interfraktionell vorgelegt. Umstritten waren von den 337 Entwürfen 19. 48mal wurde der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat angerufen. Dort scheiterte ein Gesetzentwurf, 25 wurden abgeändert, 15 passierten den Ausschuß ohne Änderung der Bundes-

tagfassung, und fünf Gesetze befinden sich noch im Vermittlungsverfahren. Endgültig abgelehnt hat der Bundesrat die beiden zustimmungsbedürftigen Gesetze über den Ehe- und Familiennamen und zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes.

CDU Niedersachsen strebt Landesverbände-Fusion an

Ziel der Fusion der drei niedersächsischen CDU-Landesverbände Hannover, Oldenburg und Braunschweig zu einem einheitlichen Landesverband „CDU in Niedersachsen“ muß es nach Auffassung des CDU-Landesvorsitzenden Wilfried Hasselmann sein, eine gleichrangige regionale und landsmannschaftliche Vertretung in den Parteigremien zu erreichen. In der konstituierenden Sitzung der unter Hasselmanns Leitung tagenden Kommission für die Reform der Parteiorganisation wurde Niedersachsens CDU-Generalsekretär Dieter Haassengier beauftragt, nach den Beispielen der CDU-Landesverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen eine Vorlage über die Auswirkungen der Fusion für die Parteigliederungen zu erarbeiten.

Helmut Kohl kandidiert 1976 in SPD-Hochburg

Als erster Kanzlerkandidat einer großen Partei will der wiedergewählte CDU-Bundevorsitzende Helmut Kohl zur Bundestagswahl in einem Wahlkreis kandidieren, der als sichere Domäne des politischen Gegners gilt. In Ludwigshafen, wo Helmut Kohl zu Hause ist, wird seit 1898 ununterbrochen (mit Ausnahme der NS-Zeit) sozialdemokratisch gewählt. Der CDU-Landesvorsitzende und Kultusminister Bernhard Vo-

gel, der diesen Entschluß Helmut Kohls bekanntgab, betonte ausdrücklich, es handele sich um eine „ganz persönliche Entscheidung des Parteivorsitzenden“.

Brandt, Breschnew und Guillaume

In diesen Tagen geschieht Absurdes. Zwei Bilder aus Moskau und Bonn enthalten für die deutsche Öffentlichkeit zuviel an Zumutung und Zynismus: Willy Brandt läßt sich in Moskau feiern, als sei er verantwortlicher deutscher Staatsmann, gleichzeitig macht sich der Spion Guillaume, dessen Enttarnung Brandts Sturz bedeutete und seine Politik ins Zwielicht brachte, mit grinsendem Gesicht über ihn und uns lustig, erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Werner Marx, zu den Gesprächen Brandts mit Breschnew und anderen Mitgliedern des Politbüros der KPdSU.

Zum Tod von Prof. Furler

Der Bundesvorsitzende der CDU, Helmut Kohl, hat das folgende Beileidsschreiben an die Familie von Professor Dr. Hans Furler geschrieben: „Zum Tode von Hans Furler spreche ich Ihnen mein persönliches Mitempfinden und das der Christlich Demokratischen Union Deutschlands aus. Der Verstorbene hat über viele Jahre der Bundesrepublik Deutschland durch seine Arbeit als Abgeordneter des Deutschen Bundestages gedient. Seine Leistungen, sein Rat und seine Hingabe für die Politik der CDU sind für uns immer wertvoll gewesen. Herausragende und nachwirkende Anstöße hat Hans Furler in besonderer Weise immer wieder für die Idee der europäischen Integration gegeben.“

STICHWORTE

Zu einem Meinungsaustausch

mit dem Vorsitzenden der CDU Helmut Kohl und anderen führenden Unionspolitikern hielt sich Frau Margret Thatcher, die Oppositionsführerin im britischen Unterhaus und Vorsitzende der Konservativen Partei, am 27. und 28. Juni auf Einladung der CDU in Bonn auf.

Nicht verwenden

dürfen Bewohner der Bundesrepublik nach einem Urteil des Amtsgerichts Fulda neben dem Nationalitätskennzeichen D Zeichen mit den Buchstaben „BRD“.

Das Lehrstellenangebot

im Handwerk der Bundesrepublik ist nach Auskunft der Handwerkskammer Düsseldorf 1975 ausreichend, um für alle Schulabgänger mit dem Wunsch nach Handwerkslehrstellen einen Ausbildungsplatz bereitzustellen.

Für die Bundestagswahl 1976

hat die Bundesregierung dem Bundespräsidenten als Termin den 3. Oktober vorgeschlagen.

Jeder Haushalt

in der Bundesrepublik bezieht nach Angaben der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) eine Tageszeitung.

„Union international“ —

unter diesem Titel gibt die Partei und CDU/CSU-Bundestagsfraktion seit kurzem einen dreisprachigen Informationsdienst (deutsch, englisch, französisch) heraus.

Rund 150 Millionen Mark

hat die Bundesregierung 1974 an Ostberlin für den „Freikauf“ von Häftlingen in ostdeutschen Strafanstalten gezahlt.

■ § 218

Schutz menschlichen Lebens bleibt Handlungsmaßstab

Seitdem die Fristenlösung zur Reform des § 218 nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts verworfen worden ist, bemüht sich die Union um eine Lösung, die sich an der grundgesetzlich festgeschriebenen Verpflichtung zum Schutz menschlichen Lebens orientiert.

Mit der Frage nach der Reform dieses Strafrechtsparagrafen hatte sich auf dem Mannheimer Bundesparteitag auch der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, befaßt. Innerhalb der Diskussion um die Vorstandsvorlage „Frau und Gesellschaft“ sagte er:

„Die Frage nach dem Schutz des menschlichen Lebens ist einer der Ausgangspunkte und Schwierigkeiten in der Diskussion um die Reform des § 218. Wir stehen selbstverständlich in der religiösen Glaubensheimat unserer kirchlichen Gemeinschaften. Aber wenn wir so entschieden für den Schutz menschlichen Lebens eintreten, so betrifft das auch das Grundverständnis unserer freiheitlichen Ordnung.“

Zum aktuellen Stand der Beratung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu § 218 erklärt der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der CDU/CSU-Fraktion, Friedrich Vogel:

„Die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Regelung der Problematik des § 218 StGB eingesetzte Arbeitsgruppe hat in der Fraktion Bericht erstattet.

Sowohl der Bericht als auch die anschließende Diskussion in der Fraktion gingen von der Entschliebung des 76. Deutschen Ärztetages im Jahre 1973 aus, der eine umfassende medizinische Indikation vorsieht. Der Vorschlag der Ärzteschaft zeigt den Weg für eine Regelung, die von unserer Bevölkerung und der Mehrheit der Frauen getragen werden kann.

Neben der Frage der Indikationen für einen straffreien Schwangerschaftsabbruch wird der Verfahrensregelung besondere Bedeutung beigemessen. Das Verfahren soll nicht so ausgestaltet werden, daß die betroffenen Frauen das Gefühl bedrückt, sich einem Tribunal stellen zu müssen. Es soll aber sichergestellt werden, daß in jedem einzelnen Fall eine wirklich verantwortliche ärztliche Entscheidung getroffen wird.

Jeder Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch muß nach übereinstimmender Auffassung der Fraktion eine Beratung der Schwangeren durch eine Beratungsstelle vorausgehen, wo über die zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Hilfen für Schwangere, Familien, Mütter und Kinder unterrichtet und auf die grundsätzliche Pflicht zur Achtung des Lebensrechts des Kindes vor der Geburt hingewiesen und darüber belehrt worden ist, welche Gründe in dem konkreten Fall für die Fortsetzung der Schwangerschaft sprechen. Dadurch wird die Fraktion vor allem auch den Anforderungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 25. 2. 1975 an eine gesetzliche Regelung gerecht.

Die Fraktion wünscht nach wie vor, mit den Fraktionen der SPD und FDP zu einer mehrheitsfähigen Lösung zu kommen, und hat mich beauftragt, in diesem Sinne mit den anderen Fraktionen Fühlung aufzunehmen.“

INTERVIEW

Biedenkopf: Vierte Partei würde die Union schwächen

Das Verhältnis zwischen CDU und CSU, die „vierte Partei“, innerparteiliche Fragen und die Auseinandersetzung mit der SPD sind die Themen des Interviews, das Generalsekretär Prof. Kurt H. Biedenkopf dem Bonner Korrespondenten der Deutschen Presse-Agentur (dpa) Dr. Hans H. Heckmann gab.

Frage: Nachdem die CDU auf ihrem Mannheimer Parteitag wichtige Sach- und Personalfragen in großer Einmütigkeit entschieden hat, werden jetzt Spannungen sichtbar. Ein Beispiel dafür ist der Unmut, den der Landesverband Westfalen über den Landesverband Rheinland äußert. Wie erklären Sie diese Entwicklung?

Prof. Biedenkopf: Die von Ihnen zu Recht hervorgehobene Einmütigkeit der CDU auf dem Mannheimer Parteitag und die „Spannungen“, von denen Sie sprechen, stehen in keinem ursächlichen Zusammenhang. In Mannheim hat die CDU mit überwältigender Mehrheit ihren Parteivorsitzenden Helmut Kohl im Amt bestätigt und die politischen Sachaussagen, die in der Mannheimer Erklärung und in dem Programm „Frau und Gesellschaft“ niedergelegt sind, einstimmig beschlossen.

Durch diese Entscheidungen ist die CDU personell und politisch gestärkt aus dem Mannheimer Parteitag hervorgegangen. Daß es daneben Verände-

rungen im Bundesvorstand gegeben hat, die den einen oder anderen Landesteil unbefriedigt ließen, sollte man nicht überbewerten. In Mannheim hat sich gezeigt, daß die landsmannschaftliche Zugehörigkeit eines Kandidaten bei der Wahl zu einem Parteigremium nicht mehr so entscheidend ist wie in früheren Jahren. Die Delegierten gingen bei ihrer Wahl von anderen Gesichtspunkten aus.

Im übrigen bin ich jedoch sicher, daß die gegenwärtige Verstimmung zwischen den Landesverbänden Rheinland und Westfalen bald ausgeräumt sein wird.

Frage: Und wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Äußerung von Herrn Lampersbach, wonach die Parteispitze nicht hinreichend die Interessen des Mittelstandes berücksichtigt?

Prof. Biedenkopf: Ich halte diese Äußerung für sachlich unzutreffend. Der Parteivorstand und die gesamte Partei haben sich stets mit besonderem Interesse und besonderem Engagement um die Belange des Mittelstandes gekümmert. Ein Blick in die Mannheimer Erklärung zeigt, daß auch hier den Fragen des Mittelstandes große Aufmerksamkeit gewidmet worden ist.

Richtig ist, daß Herr Lampersbach, entgegen den Wünschen der Mittelstandsvereinigung, nicht in den Bundesvorstand der CDU gewählt worden ist. Ich halte es jedoch für absolut unzulässig, aus dieser Personalentscheidung

Schlüsse auf die politische Haltung der CDU zu Fragen des Mittelstandes zu ziehen.

Frage: *Herr Prof. Biedenkopf, auch nach der Entscheidung über den gemeinsamen Kanzlerkandidaten der Union hören die Überlegungen über die Zweckmäßigkeit einer vierten Partei nicht auf. Wie stehen Sie zu diesem Gedanken?*

Prof. Biedenkopf: Ich habe mich in der Vergangenheit bereits wiederholt zu dieser Frage geäußert. Meine Auffassung ist unverändert die, daß eine vierte Partei in der gegenwärtigen politischen Lage die Union nicht stärken, sondern schwächen würde. Die Ihnen sicher bekannte Vereinbarung der Präsidien von CDU und CSU, die Parteistruktur in der Bundesrepublik Deutschland auf breiter Grundlage durch mehrere Institute untersuchen zu lassen, steht dazu in keinem Widerspruch.

Es ist für unsere politische Strategie wichtig, möglichst genau die Entwicklung der Parteistrukturen, insbesondere auch auf der Linken zu kennen, um veränderten politischen Bedingungen rechtzeitig begegnen zu können. Die Untersuchungen haben **nicht** die Aufgabe, die Gründung einer vierten Partei, vielleicht sogar noch zur Bundestagswahl 1976 — wie man das mitunter in der Öffentlichkeit hört —, vorzubereiten.

Frage: *Entspricht Ihre deutliche Absage an eine vierte Partei der Realität? Mit anderen Worten: Sind sich CDU und CSU wirklich in der Sache noch einig? In letzter Zeit gab es ja hier mitunter Anlaß zu Zweifeln.*

Prof. Biedenkopf: Herr Heckmann, CDU und CSU haben gemeinsam mit der Jungen Union etwa 800 000 Mitglieder und die Hälfte der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, das sind 30 Millionen Menschen, stehen politisch

hinter der Union. Daß es in einer so großen breiten politischen Bewegung unterschiedliche Auffassungen und selbst unterschiedliche Strömungen gibt, erscheint mir selbstverständlich.

Entscheidend ist jedoch, daß diese Unterschiede bisher immer mit den politischen Grundpositionen der Union, d. h. mit den gemeinsamen Positionen von CDU und CSU vereinbar waren. Daß dabei die CSU in ihren politischen Aussagen mitunter andere Akzente setzte als die CDU, ist in meinen Augen kein Nachteil, sondern ein Gewinn für unsere Politik. Unterschiedliche Betrachtungsweisen und Akzentsetzungen sind für eine Politik solange förderlich, als die gemeinsamen Grundpositionen gewahrt bleiben. Die Vielfalt von Meinungen ist für eine Volkspartei, wie wir sie verstehen, unverzichtbar.

Frage: *Noch während des Mannheimer Parteitagess wurde von der SPD, namentlich auch von Bundeskanzler Schmidt, der Vorwurf erhoben, die CDU betreibe einen Dauerwahlkampf. Solche Dauerwahlkämpfe dienten nicht dem Wohle des Ganzen. Wie stehen Sie zu diesem Vorwurf?*

Prof. Biedenkopf: Zunächst einmal ist es richtig, daß ununterbrochene Wahlkämpfe der Demokratie nicht dienlich sind. Da stimme ich Herrn Schmidt und seiner Partei zu. Wir würden es deshalb außerordentlich begrüßen, wenn die Koalition endlich aufhörte, alles und jedes unter wahlstrategischen Gesichtspunkten zu entscheiden. Der Dauerwahlkampf, den wir von seiten der Koalition in der Vergangenheit erlebt haben, ist in der deutschen Nachkriegsgeschichte einmalig. Es scheint mir hohe Zeit zu sein, daß sich die Regierung endlich auf ihre politischen Aufgaben besinnt und das tut, wofür sie gewählt worden ist: regiert.

SOZIALLEISTUNGEN

Für den Arbeitsminister beginnt die Stunde der Wahrheit

Bundesarbeitsminister Walter Arendt versucht in einem Interview mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 2. Juli zur Arbeitsmarktsituation die Bevölkerung darauf einzustimmen, daß in Zukunft statt des versprochenen Ausbaues der Sozialleistungen nunmehr mit einem Abbau von Sozialleistungen gerechnet werden muß.

Man kann die Aussage Arendts „Tabus in der sozialen Gesetzgebung könne es nicht geben“ als Beginn der Stunde der Wahrheit ansehen, stellt der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Fragen der Sozial- und Gesellschaftspolitik, Heinrich Franke (Osnabrück) fest.

Aus den Ausführungen Arendts zur Beibehaltung des jetzigen Beitragssatzes von zwei Prozent an der Arbeitslosenversicherung ist zu entnehmen, daß er neben dem Absinken der exorbitant hohen Arbeitslosenzahl eine Durchforstung des Arbeitsförderungsgesetzes, letztlich einen Leistungsabbau, für dringend erforderlich hält.

Aus seiner Argumentation läßt sich ein gewisser Pessimismus hinsichtlich des Abbaues der Arbeitslosenzahlen von zur Zeit über einer Million für die nahe Zukunft erkennen. Gegen eine Durchforstung des Arbeitsförderungsgesetzes und eine Beseitigung offenkundiger Mißstände wird keine Partei Widerspruch erheben.

Die Grenze für solche Maßnahmen wäre jedoch dann überschritten, wenn die eigentliche Zielsetzung des Arbeitsförderungsgesetzes nicht mehr gewährleistet bzw. stark verwässert würde.

Es wäre wünschenswert, daß Bundesarbeitsminister Arendt auch in den übrigen Sozialversicherungszweigen die Lage etwas realistischer beurteilen würde. Die jüngsten vagen Meinungsäußerungen zur Kostenexplosion in der gesetzlichen Krankenversicherung seitens der FDP kann die CDU/CSU nur als Versuchsballon werten.

Sie wird ihrerseits dann zu den Plänen der Koalitionsparteien Stellung nehmen, wenn diese ein gemeinsames Konzept zur Eindämmung der Kostenexplosion in der gesetzlichen Krankenversicherung vorlegen. Ein solches Konzept der Regierung ist zur Zeit nicht einmal in Ansätzen erkennbar.

Die Unsicherheit des Bundesarbeitsministers in der Frage, wie es sozialpolitisch weitergehen soll, zeigt sich nicht zuletzt in seinen Äußerungen zur Rentenanpassung, die er vor der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD kürzlich in Bremen machte.

Die CDU/CSU lehnt eine Anpassung der Renten unter Anwendung von Sockelbeträgen, wie Walter Arendt sie vorschlug, ab, denn diese Praxis würde langfristig zu einer höchst unerwünschten Novellierung der Renten führen und durch die Hintertür eine sozialistische Versorgungspraxis einführen.

■ TECHNOLOGIE

Matthöfers Forschungspolitik Effekthascherei

Forschung und Technologie gewinnen immer mehr an Bedeutung für die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland. Die wirtschaftliche Sicherung der Zukunft hängt nach Meinung des forschungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer, wesentlich davon ab, daß neue Produkte und Produktionsverfahren entwickelt und auf dem Markt angewendet werden. In diesem Zusammenhang kommt dem Forschungsministerium eine wesentliche Aufgabe für die Beeinflussung der Entwicklung von Forschung und Technik zu.

Es liegt in der Natur der Sache, daß bei der Gestaltung der Forschung in größeren Zeiträumen gedacht werden muß und es deshalb erforderlich ist, eine Forschungspolitik der Kontinuität der Ziele und auch der Mittel durchzuführen. Mit Erschrecken muß man deshalb die hektische und unüberlegte Forschungspolitik von Minister Matthöfer betrachten, die nur auf Effekthascherei und auf kurzfristige wahltaktische Erfolge ausgerichtet ist.

Eklant wird dies vor allem in der Darstellung der Ziele der Forschungspolitik, wie sie nunmehr im Forschungsbericht V zum Ausdruck kommen und den Aussagen sozialdemokratischer Minister in den letzten Jahren. Mit wel-

chem Vertrauen soll man dem neuen Forschungsziel „Sicherung der Arbeitsplätze der Zukunft“ vertrauen, wenn man weiß, daß in den vergangenen Jahren regelmäßig jedes Jahr eine neue Priorität aus wahltaktischen Motiven in den Vordergrund gestellt wurde.

Neben der Effekthascherei von Minister Matthöfer muß man auch mit größter Sorge den leichtsinnigen Umgang mit dem Geld des Steuerzahlers beobachten. Ohne genau abzuklären, was Aufgabe des Staates, der Wirtschaft und der staatlichen Forschungsinstitute ist, wird in Bonn bei der Finanzierung von Forschungsprojekten das Geld verteilt. Die CDU/CSU hat auf verschiedene eklatante Mißstände der Zweckfremdung von Forschungsgeldern schon hingewiesen. Dieser Mißbrauch von Forschungsgeldern für sachfremde Zwecke findet sich im staatlichen Sektor wie auch in der Industrie.

Es ist auch nicht erstaunlich, daß bei Bereitstellung von Finanzmitteln die Wirtschaft in Wahrung ihrer eigenen Interessen aus ihrer Sicht sich um Forschungsmittel bemüht, obwohl sie es in verschiedenen Fällen nicht notwendig hätte. Es werden deshalb auch vermehrt Forschungszuwendungen für Forschungsprojekte in der Wirtschaft gegeben, die auch ohne die staatlichen Mittel entwickelt worden wären. Mit Sorge muß man diesen zunehmenden staatlichen Interventionismus in der Wirtschaft beobachten, der einerseits zu einer Vergeudung von Steuergeldern und andererseits zu unnötiger Abhängigkeit der Firmen vom Staat führt.

Minister Matthöfer gefällt sich darin, alle möglichen Forschungsprojekte mit dem Geld des Steuerzahlers zu finanzieren, ohne zu prüfen, ob diese Projekte auch mit anderen Methoden durchgeführt werden können.

■ KOALITION

SPD/FDP-Koalitionsvertrag eine zweite Staatsebene

Der NRW-Koalitionsvertrag SPD/FDP (vgl. UID 23 und 24/75) steht unter Beschuß aus eigenen Reihen: SPD-MdB Prof. Lohmar hat im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt die Ansicht vertreten, dieser Vertrag gehöre vor den Verfassungsgerichtshof Münster: Er habe praktisch eine zweite Staatsebene etabliert, die formal niemandem Rechenschaft schuldig sei und damit aus der Gewaltenteilung der Demokratie herausfalle.

Blamage für Kühn und Co

Hätten es die Steuerzahler nicht schon immer geahnt, daß mit ihrem Geld gerade in Wahlzeiten Schindluder getrieben wird? 200 000 Broschüren haben den Leser gar nicht erst erreicht, weil die sozialdemokratische Verteilerorganisation das Regierungsmaterial liegen ließ und dann für 3,5 Pfennig je Kilo für die Parteikasse verkaufte. War die Regierung zu fleißig im Drucken oder war die SPD zu faul im Verbreiten? Was immer die Antwort sein mag, Skandal und Blamage sind nach Meinung der Neuen Rhein-Zeitung komplett, denn solche Verschwendung und Verschleuderungen öffentlicher Gelder sind nicht wiedergutzumachen.

SPD in Radikalen-Frage weiter zerstritten

Der Sprecher des rechts- und innenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Vogel hat sich zu der Stellungnahme des SPD-Parteirats

geäußert, in dem dieser sich besorgt über die Verwaltungspraxis in einigen Bundesländern zur Behandlung von Extremisten im öffentlichen Dienst gezeigt hatte. Vogel sagte, damit habe die SPD verdeutlicht, daß sie die politische Gefahr für die Bundesrepublik nicht in den geduldigen und anhaltenden Unterwanderungsbestrebungen linker Verfassungsfeinde sehen, sondern in engagierten Demokraten, die auf diese Verfahren hinwiesen und sie entschlossen bekämpften. In der SPD werde es „liberal“ genannt, den Mitgliedern einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei wie der DKP so lange die für den öffentlichen Dienst vom Gesetz verlangte Verfassungstreue zu unterstellen, bis sie hinreichend Einfluß gewonnen hätten, um ihre biedermännische Maske fallen lassen zu können.

„Mangelndes Problembewußtsein“ bei der Behandlung von Extremisten, die die Aufnahme in den öffentlichen Dienst beantragen, hat unterdessen auch Berlins Innensenator Neubauer (SPD) den obersten Bundesgremien seiner Partei vorgeworfen. Neubauer warf der SPD Schwierigkeiten im Umgang mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Einstellung Radikaler in den öffentlichen Dienst vor.

Wahrheit in der Werbung?

Gegen „Täuschungen und Verfälschungen in der Werbung“ wollen die SPD und die Jusos in Zukunft stärker als bisher kämpfen. Bei der praktischen Arbeit zur Durchsetzung dieses Zieles müssen die Jung- und Altgenossen zunächst allerdings bei sich selbst beginnen. Vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland empfahlen sie das „Produkt“ SPD mit dem Hinweis: „Den Aufschwung wählen — SPD.“ Was dieser Slogan mit dem An-

spruch auf Wahrheit in der Werbung zu tun hatte, dafür sind Jusos und SPD dem „Verbraucher“ immer noch die Antwort schuldig.

Streit zwischen Maihofer und Gscheidle

Handfester Krach zwischen FDP-Innenminister Maihofer und SPD-Postminister Gscheidle. Grund: Ohne rechtzeitige und ausreichende Information des für Dienstrechtsfragen zuständigen Innenministers vereinbarte der Ex-Gewerkschaftsboß Gscheidle mit der Post-Gewerkschaft, daß bei der Post beschäftigte Gewerkschaftsfunktionäre nur noch mit Zustimmung der Gewerkschaften von ihrem jeweiligen Dienstvorgesetzten versetzt werden dürfen. Das ist nicht nur ein Verstoß gegen das Beamten-gesetz, sondern auch ein Verfassungsbruch, da nach Artikel 3 des Grundgesetzes kein Arbeitnehmer wegen seiner Nicht-Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft benachteiligt werden darf. Maihofer verlangt von Gscheidle die Aufhebung der Vereinbarung mit der Postgewerkschaft.

Der „Skandal“ ist für die SPD „völlig normal“

Einen Bären-dienst hat offensichtlich die SPD-Mehrheit im Münchner Rathaus ihrem Parteifreund, dem stellvertretenden SPD-Fraktionschef im bayerischen Landtag Dr. Jürgen Böddrich, erwiesen. Der durch eine Indiskretion bekanntgewordene Beschluß des städtischen Personalausschusses, Böddrich vom Oberstudien-direktor außer Dienst zum Oberverwaltungs-direktor zu befördern und ihm dadurch ein höheres Ruhegehalt zu verschaffen, hat einen handfesten Krach ausgelöst: Die Rathaus-CSU bezeichnete es als „Skandal“, daß Böddrich

über die höchste Laufbahnstufe eines Lehrers hinaus noch weiter befördert wird. Eine Beschwerde beim Finanzministerium ist vorgesehen. Die SPD-Landtagsfraktion bezeichnete dagegen Böddrichs Beförderung als „völlig normal“.

Immunität aufgehoben

Heinz Striek, ehemaliger Berliner Finanzsenator, wird sich voraussichtlich vor Gericht verantworten müssen. Auf Antrag des Generalstaatsanwalts beim Berliner Landgericht hat das Berliner Abgeordnetenhaus einstimmig die Immunität des SPD-Abgeordneten aufgehoben. Striek steht in dem Verdacht einer uneidlichen Falschaussage vor dem Parlamentarischen Ausschuß zur Untersuchung der Unregelmäßigkeiten beim Bau des Millionensobjekts „Steglitzer Kreisel“.

Genossen als „Ideen-Klau“

Als „volles Einschwenken auf die Linie der Opposition“ hat die CDU-Landtagsfraktion in Wiesbaden den Beschluß des hessischen Kabinetts, eine Stellensperre zur Stabilisierung des Landeshaushalts zu verfügen, bezeichnet. Der finanzpolitische Sprecher der Opposition, Dr. Christian Bartelt (Wiesbaden), erklärte, nachdem die Koalitionsfraktion SPD/FDP den Haushaltsantrag der CDU mit der gleichen Zielsetzung, nämlich jährlich 1500 Stellen einzusparen, unerbittlich abgelehnt hätten, bringe das Kabinett eine Woche nach der dritten Lesung des Landeshaushalts diesen Vorschlag als „eigene Idee“ ein. Die CDU-Opposition sei wegen ihrer angeblich „zu global abgefaßten Initiative“ verhöhnt worden. Nun betätige sich das Kabinett als „Ideen-Klau“ und übernehme die Sparvorschläge der Union.

■ STEUER-VERTEILUNG

Schmidts Drohungen sind eine schlechte Verhandlungsbasis

Der Bundeskanzler hat öffentlich in einer Pressekonferenz den Ländern gedroht, die Zuweisungen des Bundes an die Länder zu kürzen und sozusagen die Gemeinschaftsaufgaben auszutrocknen, wenn die Mehrheit der Länder — und er bezog sich dabei insbesondere auf die Union — in der Frage der Neuverteilung des Steueraufkommens nicht nachgibt. Schmidt sprach in diesem Zusammenhang sogar von einem „Viehhandel um Bruchteile von Prozenten“. Wie ist dieser ganze Vorgang zu beurteilen?

Dazu erklärt der Ministerpräsident von Baden-Württemberg und stellvertretender CDU-Vorsitzende Dr. Hans Filbinger: Ich habe auch in den zurückliegenden Jahren solche Verhandlungen um die Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern erlebt. Ich war jeweils mit dabei. Es ist jedesmal zu einer Einigung gekommen, wenn auch das Einigungsverfahren etwas länger gedauert hat.

Es ist vorgekommen, daß die Länder monatelang auf den Bund haben warten müssen, und sie mußten damals die unregelmäßige Frage hinnehmen. Es ist sogar einmal geschehen, daß man mit einem neuen Verfahren in ein neues Jahr hineingegangen ist ohne Regelung, so daß ein gesetzloser Zustand vorhanden war.

Ich will damit sagen, daß Geduld zu einem solchen Verfahren gehört. Wenn der Bundeskanzler nun durch Drohungen die deutschen Bundesländer zu einem raschen Abschluß und einem ihm genehmen Abschluß bringen möchte, dann wäre zu fragen, ob dieses der neue Stil des Bundeskanzlers Helmut Schmidt ist.

Ich würde es sehr bedauern, wenn der Bundeskanzler versuchen würde, mit den Ländern so umzuspringen. Und wenn er mit der Drohung, die Leistungen des Bundes zu kürzen bei den Gemeinschaftsaufgaben, arbeitet, dann hat er damit ganz bestimmt das falsche Mittel ergriffen, denn letzten Endes sind ja diese Mittel dazu bestimmt, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die bekanntlich nicht von den Ländern verursacht worden ist, sondern die eine Folge einer schlechten Finanz- und Wirtschaftspolitik ist, die die SPD und die FDP miteinander zu verantworten haben.

Ebenso weist der stellvertretende CDU-Vorsitzende und schleswig-holsteinische Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg die Angriffe, die Bundeskanzler Helmut Schmidt am 25. Juni 1975 vor der Bundespressekonferenz gegen die Länder wegen der Steuerverteilung erhoben hat, zurück.

Die Verhandlungen sollen vereinbarungsgemäß fortgesetzt werden. Öffentliche Polemik kann den Interessen des Bundes nur schädlich sein. Da ein Pro-

zent der Mehrwertsteuer rund 550 Mill. DM ausmachen, ist es normal, daß über einzelne Prozente mehr Steuerverteilung länger verhandelt werden muß. Die Gespräche werden außerordentlich erschwert durch die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise, für die niemand anderes als Bundeskanzler Schmidt verantwortlich ist. Die Länder können den Forderungen Schmidts,

neun bis zehn Prozent Steueranteile auf den Bund zu übertragen, nicht zustimmen, weil die Folgen vor allem für die Bildungs- und Gesundheitspolitik katastrophal wären.

Folgende finanzwirksame Vorhaben des Bundes befinden sich noch im Gesetzgebungsverfahren und haben Auswirkungen auf die Haushalte der Länder und Gemeinden:

Nr.		Finanzielle Belastung in Mill. DM (1976)		
		Bund	Länder	Gemeinden
1	2. Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften (Fachhochschulausbildung des gehobenen Dienstes)	100	85	—
2	Gesetz zur Änderung des Steuerbeamtenausbildungsgesetzes	—	92	—
3	Gesetz über das Meldewesen	1	35	—
4	Abwasserabgabengesetz	—	—	15 bis 20
5	1. Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts	—	14	—
6	Strafvollzugsgesetz	—	55	—
7	Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten	1	13	—
8	Jugendarbeitsschutzgesetz	16	9	—
9	Strafrechtsreformergänzungsgesetz zum § 218	55	2	10
10	Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelrechts	2	10	—
11	Gesetz über den Beruf des Rettungssanitäters	—	44	—
12	3. Gesetz zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes und 2. Gesetz zur Änderung des Allg. Eisenbahngesetzes	180	173	—
13	Gesetz zur Änderung des Gerichtskostengesetzes	—	54 bis 60	—
14	Gesetz zur Vereinfachung und Beschleunigung gerichtlicher Verfahren	—	16	—
15	Gesetz über die unentgeltliche Beförderung Behinderter	—	6	—
16	Änderung des Bundesbaugesetzes	—	—	—
17	3. Änderungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz	5	3	—
18	Gesetz über die Krankenversicherung der Studenten	72	4	—
19	Reform der Körperschaftssteuer	—	—	—

■ VERKEHR

Abbau innerörtlicher Unfälle muß absoluten Vorrang haben

Die CDU/CSU begrüßt das Bemühen der Bundesregierung, den Straßenverkehrs-Unfallbericht über den bisher üblichen statistischen Rückblick hinaus zu einem Instrument der Fortschreibung der Verkehrssicherheitspolitik zu machen. Dies entspricht einem Beschluß des Bundestages auf Initiative der CDU/CSU, erklärt der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU, Dr. Dieter Schulte, in einer ersten Stellungnahme zum Unfallverhütungsbericht Straßenverkehr 1973. Scharf kritisiert werden müssen allerdings die zeitlichen Verzögerungen:

Es wäre an der Zeit, den Unfallbericht für das Jahr 1974 vorzulegen und daraus die politischen Konsequenzen zu ziehen. Statt dessen wird dem Bundestag zugemutet, auf der Basis des Unfallberichts für das Jahr 1973 über die Verkehrssicherheitspolitik für die Jahre ab 1976 zu beraten. Der ebenfalls von der CDU/CSU geforderte sogenannte Maßnahmen-Zeitkatalog zum Verkehrssicherheitsprogramm der Bundesregierung sollte laut Bundestagsbeschluß zum 31. Dezember 1974 vorliegen. Was man schon von Verkehrssicherheitsprogramm der Bundesregierung vom November 1973 hätte erwarten dürfen, wird jetzt auch noch mit über einem halben Jahr Verspätung zusammen mit dem Unfallbericht 1973 nachgereicht.

Bei den parlamentarischen Beratungen des jetzt vorgelegten Unfallberichts im Herbst dieses Jahres wird die CDU/CSU darauf drängen, daß eine konsequente Politik des Abbaus innerörtlicher Verkehrsunfälle absolute Priorität erhält.

Wenn sich rund 60 % aller Straßenverkehrsunfälle mit Personenschäden innerorts ereignen, dann liegt hier die Ursache dafür, daß

- die Unfallentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern noch immer unbefriedigend ist.
- die Bundesrepublik bei den Kinderunfällen im internationalen Vergleich besonders schlecht dasteht,
- ein Abbau der Unfälle der „schwächeren“ Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Radfahrer, Mofas, Krafträder) bisher nicht gelungen ist.

Bezeichnend ist beispielsweise, daß — bezogen auf 100 Mio. Fahrzeugkilometer — in den USA innerorts zwei Unfalltote, in der Bundesrepublik jedoch acht Unfalltote zu beklagen sind, während die jeweilige Unfallsituation außerorts keine Unterschiede aufweist.

Mit Recht vermutet die Bundesregierung in ihrem Unfallbericht, daß nicht erst die Anwendung von Verkehrssicherheitsmaßnahmen, sondern bereits die breite öffentliche Diskussion in der Regel zu deutlichen positiven Auswirkungen führt.

■ K.-A.-Stiftung

Erfolgreiche Arbeit in den fünf Instituten

Die Konrad-Adenauer-Stiftung legte den Jahresbericht 1974 der Öffentlichkeit vor. Er schildert die Aktionen der Stiftung, wie sie sich in der Arbeit ihrer fünf Institute niederschlagen.

① **Die Politische Akademie Eichholz** veranstaltete 1974 zusammen mit ihren Außenstellen in Dortmund und Bad Godesberg (für Nordrhein-Westfalen) und in Freiburg (für Südbaden) 557 Tagungen, Seminare, Konferenzen etc. mit insgesamt 13 629 Teilnehmern. Ferner bemühte sie sich um die Ausarbeitung von speziellen Seminarprogrammen und Lehreinheiten zur Erwachsenenbildung.

② **Das Institut für Begabtenförderung** erschließt durch seine Studienförderung begabten jungen Menschen aus dem In- und Ausland durch Stipendien den Weg zu einer wissenschaftlichen Ausbildung. Im Berichtsjahr 1974 wurden 574 Studenten und 171 Graduierte aus Deutschland und 189 ausländische Studenten und Graduierte gefördert. An dem großen Bildungsangebot dieses Instituts nahmen auf 46 Akademien, Seminaren und Tagungen 1 294 Studierende teil.

③ **Das Institut für Internationale Solidarität** unterstützte im Ausland Projekte im Gewerkschafts- und Unternehmensbereich, in der politischen Bildung, im

Genossenschaftswesen, in Massenmedien, in Wissenschaft und Forschung, in Jugend- und Sozialarbeit, kommunaler Entwicklung und Frauenarbeit. Insgesamt sind es 39 Projekte in Lateinamerika, elf in Asien, elf in Afrika und ein Projekt in Europa. Diese Arbeit wurde von 50 Beratern im Ausland und 69 Mitarbeitern im Inland geleistet.

④ **Das sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut** baute auf dem Hintergrund der Serie von Landtagswahlen den Forschungsbereich „politisches Verhalten/Wahlen“ aus. Im Bereich der Massenkommunikationsforschung konnten bedeutende Forschungsprogramme wie z. B. eine inhaltsanalytische Untersuchung der Fernsehunterhaltung abgeschlossen werden.

Zusammen mit den Arbeitsergebnissen aus dem Bereich „Außenpolitik“ und „Ordprobleme“ der Demokratie“ wurden diese Studien teilweise veröffentlicht. Schließlich konnte das Institut durch eine Kapazitätsausweitung des Rechenzentrums seine Leistung wesentlich steigern.

⑤ **Das Institut für Kommunalwissenschaften** erzielte mit seinen Studien über die Land- und Stadtentwicklung sowie mit einem Gutachten über die Nutzung des Bodeneigentums und seinem Beitrag zur kommunalpolitischen Programmdiskussion in der Tages- und Fachpresse, in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion eine beachtliche Resonanz.

Daneben wurden einige weiterführende und ergänzende Projekte zu Fragen der Wohnungspolitik und sozialen Dienste und zum Problem der ausländischen Arbeitnehmer in Angriff genommen. Der Jahresbericht 1974 kann bei der Pressestelle der Stiftung angefordert werden.

Soziale Marktwirtschaft

Als Entschließung des Bundesparteitages bei einer Gegenstimme angenommen.

Die Soziale Marktwirtschaft allein ist in der Lage, die Herausforderungen von morgen in Freiheit und Gerechtigkeit zu bestehen.

Die Soziale Marktwirtschaft als „wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle“ (Berliner Programm Ziffer 61) ist in ihrer gewachsenen Dimension als gesellschafts-, sozial- und wirtschaftspolitischer Ordnungsrahmen einerseits und als human-ethisches Prinzip andererseits das sicherste Bollwerk gegen Sozialismus, Kommunismus und Totalitarismus. Zu ihrer Entfaltung, (insbesondere zur Lösung der „Neuen Sozialen Fragen“) als auch zu ihrer Erhaltung müssen daher ihre ordnungspolitischen Rahmenbedingungen maßgebend bleiben.

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, durch ein entsprechend breit angelegtes Informationsprogramm alle Parteimitglieder zu überzeugenden Trägern dieser, auf unserer ethischen Grundüberzeugung ruhenden ökonomisch und gesellschaftspolitischen Prinzipien zu machen. Unser ganzes Volk muß die Soziale Marktwirtschaft verstehen lernen, um durch sie in Freiheit bestehen zu können.

Ehescheidung

Mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen angenommen.

Das Recht der Ehescheidung, insbesondere seiner Folgen, ist so zu gestalten, daß nachteilige Folgen für die nicht berufstätigen Frauen ausgeschlossen werden.

Einstimmig angenommen hat der 23. Bundesparteitag am 25. Juni 1975 in Mannheim die Anträge zur KSZE, zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur künftigen Durchführung von Bundesparteitagen am Wochenende. Dies ergibt sich aus dem jetzt an die Parteitagsdelegierten verschickten Wortprotokoll.

ZITAT

Ratlos

Im Regierungslager herrscht Ratlosigkeit: Das Ankurbelungsprogramm für die Wirtschaft hat nicht gezündet, die Rezession hält an. Vor den SPD-Spitzengremien wurde deutlich, daß der Bundeskanzler bisher Zweckoptimismus verbreitet. Die neue Devise des Machers Helmut Schmidt: erst einmal gar nichts tun.

Drei ranghohe Sozialdemokraten aus dem Schwäbischen, noch ganz unter dem Eindruck einer Kanzlerrede vor den Spitzengremien, konferierten über ein geeignetes Motto für den Parteitag im November. Der eine empfahl: „Vom Aufschwung reden“, der andere regte an, den Leitspruch des diesjährigen Evangelischen Kirchentages zu übernehmen: „In Ängsten — und siehe, wir leben“. Der dritte schlug vor, den getretenen Finanzminister Hans Apel herauszustellen: „Auf, auf, Kameraden, aufs Pferd, aufs Pferd“.

Zu Beginn der parlamentarischen Sommerpause herrscht im Regierungslager Unsicherheit und Galgenhumor.

Die Auftrageingänge aus dem Ausland sackten im April und Mai, den beiden letzten statistisch erfaßten Monaten, um insgesamt 19,5 Prozent. Erstmals in der Nachkriegszeit verringerte sich die Arbeitslosigkeit im Sommer nicht merklich. Und nach den Berechnungen des Münchner Ifo-Instituts wird es in diesem Jahr noch nicht einmal ein Nullwachs-

Anschrift:

tum in der deutschen Volkswirtschaft geben, sondern einen Rückgang des realen Bruttosozialprodukts um zwei einhalb bis drei Prozent. Apel: „Die Dimensionen sind unheimlich.“

Vor den SPD-Spitzengremien, dem Vorstand und dem Parteirat, insgesamt mehr als 120 Genossen, stellte sich Helmut Schmidt als ein Mann dar, der nun auch nicht mehr so recht zu sagen weiß, was zu tun sei und wie es weiter gehen soll ... Der Regierungschef, der zwei Tage zuvor noch den Bürgern in einer Pressekonferenz „einen stärkeren Aufschwung“ als je zuvor in Aussicht gestellt hatte, wirkte jetzt auffallend unsicher. Seine rosaroten Parolen von früher erkannten die Parteifreunde nun als Zweckoptimismus, die Mut und Zuversicht hatten spenden sollen. Vorstandler Wolfgang Roth: „Für einen, der dicht dran ist, wirkte das so, als sei da ein Komiker am Werk gewesen, aber die Schmidt-Sprüche mußten aus psychologischen Gründen ja wohl sein.“ Parteirat Karsten Voigt konstatierte, daß „Schmidt stärker als je zuvor“ Hilflosigkeit offenbart habe.

(Aus „Der Spiegel“, 7. Juli 1975)

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heino Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UfD